

SOZIAL INFO



1/2016

Urteile	2
SGB II	
Rechtsvereinfachungsgesetz - Stand der Dinge	8
Neue Fachliche Weisungen zu § 7 SGB II	9
Das 1-Cent-Problem und andere Merkwürdigkeiten	10
Begrenzung bei Darlehensaufrechnung auf insgesamt 10 Prozent	10
SGB III	
Stärkung der beruflichen Weiterbildung - Bildungsprämie	11
Sonstige Rechtsgebiete	
Düsseldorfer Tabelle ab 01.01.2016	11
Keine Rundfunkgebühren für Flüchtlinge	12
Klimawohngeld	12
Neue Förderkonditionen beim Bildungsscheck NRW	12
Pflegeberufegesetz	13
Unabhängige Patientenberatung UPD	13
Materialien	
AZD-Merkblatt: Bildung und Teilhabe - Übersicht	14
Rechengrößen der Sozialversicherung für 2015 / 2016	15
Analysen	
IAB: Vor allem Minijobber suchen nach einer anderen Arbeit	16
IAB: Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit	16
IAB: Arbeitsmarktferne Personen - Kein Patentrezept in Sicht	16
Rezensionen	
Butterwegge: Hartz IV und die Folgen	17
Paritätischer: Arbeitslosengeld 2 für Geringverdiener und Erwerbslose	18
Nomos/Lambertus: Gesamtkommentar Sozialrechtsberatung	19
Literaturtipps / Links	17
In eigener Sache	
AZD-Bewerbungsassistenz: 99 % schätzen kompetente Beratung	20
SOZIAL INFO: Neue Abo-Möglichkeiten 2016	20



Luxuriöser Lebensstil vor Alg II Antrag

Nach § 34 Abs. 1 SGB II ist derjenige zum Ersatz verpflichtet, der die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen nach SGB II ohne wichtigen Grund vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeiführt. § 34 SGB II ist ein deliktähnlicher Ausnahmetatbestand für Sachverhalte, in denen ein innerer Zusammenhang zwischen der Herbeiführung der Bedürftigkeit und der Zahlung von Leistungen an den Kläger steht. Die Vorschrift ist verfassungsgemäß unter Berücksichtigung der Tatsache auszulegen, dass auf existenzsichernde und bedarfsabhängige Leistungen ein Rechtsanspruch besteht, welcher regelmäßig unabhängig von der Ursache der entstandenen Notlage und einem vorwerfbaren Verhalten in der Vergangenheit besteht. Daneben ist die Vorschrift auch unter Berücksichtigung des Artikel 2 Grundgesetz auszulegen, wonach die allgemeine Handlungsfreiheit nur durch ein entsprechendes Gesetz eingeschränkt werden darf.

Die Vorschrift des § 34 Abs. 2 SGB II verpflichtet jedenfalls - nach hier vertretener Auffassung - nichtbedürftige Bürger nicht dazu, ihr Vermögen in einer Weise aufzuteilen, dass der Bezug von Sozialleistungen möglichst weit hinausgeschoben wird. Derartige würde dazu führen, dass die Vo-

schriften des SGB II nicht nur für Bedürftige, sondern auch für weite Teile der Bevölkerung gelten würden, die gar nicht unter die Vorschriften des SGB II fallen und nicht bedürftig sind. Eine dergestalt weite Auslegung des SGB II ist jedenfalls mit Artikel 2 Grundgesetz nicht vereinbar.

Im entschiedenen Fall hatte ein Alg II-Antragsteller innerhalb von 26 Monaten ein Vermögen von 136.000 EUR verausgabt. Im Durchschnitt wurden 3.550 EUR im Monat verbraucht. Außerdem wurden 40.000 EUR für eine Küchenausstattung ausgegeben. Das Jobcenter hatte dem Antragsteller vorgeworfen, seine Bedürftigkeit grob fahrlässig herbeigeführt zu haben, indem er das ihm zur Verfügung stehende Geld in übermäßiger Weise vermindert habe. Das SG konnte jedoch den inneren Zusammenhang zwischen Gewährung von Sozialleistungen und Tatbestand der mindestens grobfahrlässig herbeigeführten Bedürftigkeit nicht erkennen. Selbst bei einem unterstellten luxuriösen Lebensstil wäre erforderlich, dass der Kläger das Geld deswegen ausgegeben hat, um Bedürftigkeit zu erzielen. Hierfür bestand jedoch kein Anhalt.

SG Düsseldorf, Urteil vom 31.08.2015, S 35 AS 257/15



Teilweise Versagung von Alg II wegen nicht benanntem Kindesvater

1. Die hilfebedürftige Mutter eines minderjährigen Kindes muss im Rahmen ihrer Mitwirkungspflichten nach § 60 SGB I dem Jobcenter den ihr bekannten Vater des Kindes benennen, damit mögliche Unterhaltsansprüche durchgesetzt werden können.
2. Weder das Persönlichkeitsrecht der Mutter, noch der Umstand, dass der Kindesvater angeblich wegen einer Gewalttat inhaftiert ist, be-

rechtigen dazu, diese Auskunft zu verweigern.

3. Die gesetzliche Wertung in § 3 Abs. 3 Unterhaltsvorschussgesetz mit der grundsätzlichen Verpflichtung bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthalts des anderen Elternteils mitzuwirken, ist zu beachten.

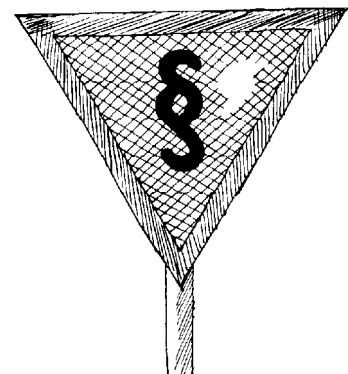
SG Trier, Urteil vom 03.08.2015, S 5 AS 150/15

Kein Alg II für Ausländer während der ersten drei Monate ihres Aufenthalts

Der EUGH hat durch ein weiteres Urteil bekräftigt, dass ein Mitgliedsstaat Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten während der ersten drei Monate ihres Aufenthalts von bestimmten Sozialleistungen (hier: Alg II) ausschließen kann. Eine solche Versagung setzt keine individuelle Prüfung voraus.

Der Gerichtshof weist darauf hin, dass Unionsbürger nach der „Unionsbürgerrichtlinie“ das Recht auf Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten haben, wobei sie lediglich im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sein müssen und ansonsten keine weiteren Bedingungen zu erfüllen oder Formalitäten zu erledigen brauchen. Da die Mitgliedstaaten von Unionsbürgern während dieses Zeitraums nicht verlangen dürfen, dass sie über ausreichende Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts und eine persönliche Absicherung für den Krankheitsfall verfügen, erlaubt die Richtlinie den Mitgliedstaaten, zur Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts ihrer Systeme der sozialen Sicherheit den betreffenden Unionsbürgern während der ersten drei Monate ihres Aufenthalts jegliche Sozialhilfeleistungen zu verweigern. Eine solche Versagung setzt nach Auffassung des Gerichtshofs keine Prüfung der persönlichen Umstände des Betroffenen voraus.

EUGH, Urteil vom 25.02.2016, C-299/14



Sozialhilfe statt Alg II für EU-Bürger bei tatsächlicher Aufenthaltsverfestigung

Der 4. Senat des Bundessozialgerichts hat in drei Urteilen unter Berücksichtigung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums konkretisiert, in welchen Fallgestaltungen Unionsbürger aus den EU-Mitgliedstaaten existenzsichernde Leistungen nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII beanspruchen können. Dies erfolgt im Anschluss an das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften vom 15.09.2015 (Rs C-67/14 „Alimanovic“), wonach der ausnahmslose Ausschluss von Unionsbürgern mit einem alleinigen Aufenthaltsrecht nur (noch) zur Arbeitsuche von den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II europarechtskonform ist.

Der 4. Senat hat hierzu entschieden, dass der Ausschluss arbeitsuchender Unionsbürger von SGB II-Leistungen auch für diejenigen Unionsbürger greift („erst-recht“), die über kein Aufenthaltsrecht nach dem Freizügigkeitsgesetz oder dem Aufenthaltsgesetz verfügen. Auch bei fehlender Freizügigkeitsberechtigung sind aber zumindest Sozialhilfeleistungen im Ermessenswege zu erbringen. Im Falle eines verfestigten Aufenthalts - über sechs Monate - ist dieses Ermessen aus Gründen der Systematik des Sozialhilferechts und der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in der Weise reduziert, dass regelmäßig zumindest Hilfe zum Lebensunterhalt in gesetzlicher Höhe zu erbringen ist.

Im Falle eines griechischen Staatsangehörigen, der nach einer kurzen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Ende 2011/Anfang 2012 SGB II-Leistungen auch für die Zeit ab Februar 2013 begehrt, ist das zusprechende Urteil des Landessozialgerichts auf die Revision des Jobcenters aufgehoben und die Sache zur Klärung der Aufenthaltsrechte im streitigen Zeitraum zurückverwiesen worden. Der formell und materiell wirksame Vorbehalt der Bundesregierung zum Europäischen Fürsorgeabkommen schließt SGB II-

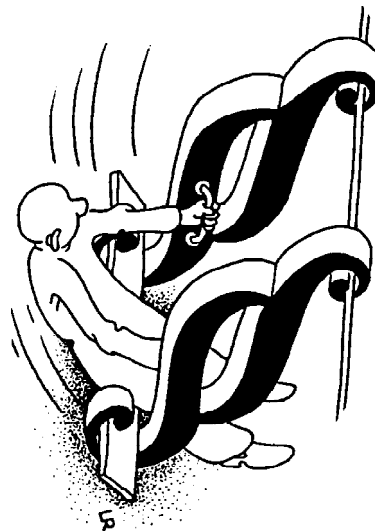
Leistungen, nicht jedoch Sozialhilfeleistungen in gesetzlicher Höhe an den Kläger aus (B 4 AS 59/13 R).

Die Kläger im Verfahren B 4 AS 44/15 R, eine bereits 2008 nach Deutschland zugezogene Familie rumänischer Staatsangehörigkeit, unterfallen zwar dem Leistungsausschluss für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Wegen ihres verfestigten Aufenthalts in Deutschland haben sie jedoch Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt in gesetzlicher Höhe. Der beige-ladene Sozialhilfeträger wurde verurteilt, diese Leistungen zu erbringen.

In dem dritten Verfahren („Alimanovic“) hat der 4. Senat das Urteil des

Landessozialgerichts auf die Revision des Jobcenters aufgehoben. Zwar waren die Kläger, eine seit langem im Bundesgebiet lebende Mutter mit drei Kindern schwedischer Staatsangehörigkeit, die nur in kürzeren Beschäftigungen beziehungsweise Arbeitsgelegenheiten tätig waren, als Arbeitsuchende von SGB II-Leistungen ausgeschlossen. Es ist jedoch noch zu prüfen, ob sich die Kläger auf andere Aufenthaltsrechte im Zusammenhang mit der Ausbildung und Integration der Kinder im Bundesgebiet berufen können.

BSG, Urteile vom 03.12.2015, B 4 AS 59/13 R, B 4 AS 44/15 R, B 4 AS 43/15 R



SGB II-Ausschluss für EU-Bürger verfassungsgemäß

Der Ausschluss arbeitsuchender Unionsbürger von der Grundsicherung für Arbeitsuchende in § 7 Abs. 1 SGB II ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

Diese Auffassung vertritt aktuell das Sozialgericht Dortmund und lehnt die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz für einen in Kreuztal lebenden slowakischen Bauarbeiter ab.

Das Jobcenter verweigere zu Recht unter Berufung auf den Leistungsausschluss für arbeitsuchende EU-Bürger die Zahlung von Arbeitslosengeld II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines

menschenwürdigen Existenzminimums verlange nur die Beseitigung von Notlagen, die nicht durch eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ beseitigt werden könnten. Die vorrangige Selbsthilfemöglichkeit des Antragstellers bestehe darin, dass eine Rückreise in sein Heimatland durchgeführt werde. Der Antragsteller habe in der Slowakei die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch Arbeitsaufnahme oder das dortige Sozialsystem sicherzustellen.

SG Dortmund, Beschluss vom 23.11.2015, S 30 AS 3827/15 ER

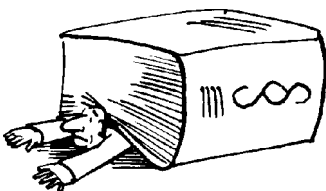


Absetzung der Kfz-Haftpflichtversicherung im Monat der Fälligkeit

Nach Auffassung der Kammer erfolgt eine Absetzung des Kfz-Haftpflichtversicherungsbeitrages im Monat seiner Fälligkeit. Die bisher gängige Praxis des Jobcenters, wonach der Beitrag monatsweise umgelegt und monatlich abgesetzt wird, entspricht nicht dem im Grundsicherungsrecht geltenden Bedarfsprinzip. In der Rechtsprechung des BSG wird immer wieder das Monatsprinzip betont. Der Arbeitslosengeld II Anspruch ist auf eine kalendermonatsweise Betrachtung angelegt, wie bereits die in § 41 Abs. 1 SGB II normierte Festlegung der Berechnungs- und Leistungsabschnitte auf einen Kalendermonat zeigt. Die § 11 Abs. 2 und 3 SGB II stellen hinsichtlich der Anrechnung von Einkommen auf den Zufluss von Einnahmen innerhalb eines Kalendermonats ab und § 11b Abs. 3 SGB II sieht einen vom monatlichen Erwerbseinkommen abzusetzenden Freibetrag vor. In Anwendung des Zuflussprinzips bei der Einkommensanrechnung ist auch eine Absetzung der tatsächlich im jeweiligen Monat abfließenden Ausgaben erforderlich, um den in dem jeweiligen Monat bestehenden gegenwärtigen Anspruch zu ermitteln (so auch SG Berlin, Urteil vom 23.01.2015, S 37 AS 238/14).

Dass diese Berechnungsweise ggf. dazu führt, dass eine Absetzung unterbleibt, wenn im Monat der Fälligkeit der Beiträge kein Einkommen erzielt wird, oder ein Jahresbeitrag nur einmalig zu geringerem anzurechnenden Einkommen über das Jahr gesehen wird, ist hinzunehmen und Konsequenz und Ausdruck des Bedarfsprinzips.

SG Dessau-Roßlau, Urteil vom 16.11.2015, S 7 AS 2233/12



Umsatzsteuer als Einkommen Selbständiger

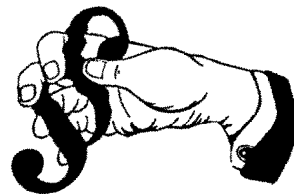
Die vereinnahmte Umsatzsteuer ist als betriebliche Einnahme zu berücksichtigen, auch wenn diese rein steuerrechtlich betrachtet ein durchlaufender Posten ist. Auch wenn diese an das Finanzamt abgegeben werden muss, kann sie auch nicht als betriebliche Ausgabe von den Einnahmen abgesetzt werden.

Das Bundessozialgericht hat in seiner Entscheidung vom 22.08.2013 - B 14 AS 1/13 R hierzu ausgeführt, nur im Bewilligungszeitraum tatsächlich erfolgte Umsatzsteuerzahlungen können vom Einkommen Selbständiger abgesetzt werden. Auch wenn im Zeitpunkt des Zuflusses der zu versteuernden Einnahme die Steuerpflicht bereits absehbar ist, entsteht die Pflicht zur Zahlung und also die maßgebliche Belastung erst mit der vollständigen Verwirklichung des Steuertatbestandes. Für die Bewertung, ob Beträge, die von Unternehmern als Umsatzsteuer ausgewiesen und vereinnahmt worden sind, als Einkommen Selbständiger zu berücksichtigen sind, kommt es deshalb entscheidend darauf an, wann die Steuer tatsächlich entsteht. Der Steueranspruch der Finanzverwaltung, auf den Zahlungen zu leisten sind, entsteht aber nicht mit

der Vereinnahmung des Zuflusses, sondern nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst a und b Umsatzsteuergesetz (UStG) erst mit Ablauf des Voranmeldungszeitraums, in dem die Leistung erbracht bzw. das Entgelt vereinnahmt wird (vgl. BFH Urteil vom 29.1.2009 - V R 64/07 - BFHE 224, 24, RdNr 16). Damit ist der entsprechende Zufluss (also die Vereinnahmung des Entgelts i.S. des UStG) auch nicht von vornherein nach dem SGB II privilegiert, sondern gehört (als Bruttoeinnahme vor Steuer) zum Einkommen.

Als betriebliche Ausgabe kann auch nicht eine Einkommenssteuernachzahlung berücksichtigt werden. Es handelt sich hierbei nicht um eine betriebsbezogene, sondern um eine personenbezogene Ausgabe. Eine Einkommenssteuerpflicht besteht gemäß § 1 Abs. 1 Einkommenssteuergesetz (EStG) für alle natürlichen Personen, unabhängig davon, ob das Einkommen aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit oder aus nichtselbständiger Arbeit herrührt (§ 2 Abs. 1 EStG).

SG Karlsruhe, Urteil vom 16.12.2015, S 12 AS 4451/14



Kein Gewinn-/Verlustausgleich bei zwei Gewerben

Eine Saldierung von Gewinn und Verlust aus zwei verschiedenen Gewerbebetrieben ist bei der Berechnung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II nicht zulässig.

Im SGB II ist ein sogenannter horizontaler Verlustausgleich nicht erlaubt, also der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben - die der Einkommensberechnung zugrunde zu legen sind - innerhalb einer Einkommensart. Dies

folgt aus Wortlaut, Entstehungsgeschichte und dem systematischen Zusammenhang in dem der für die Berechnung des Einkommens aus Gewerbebetrieb maßgebliche § 3 Alg II-V steht.

Ebenso wenig kann ein Gebot des horizontalen Verlustausgleichs aus § 5 Alg II-V abgeleitet werden.

BSG, Urteil vom 17.02.2016, B 4 AS 17/15 R



Darlehenstilgung nur mit 10%

Sind Selbsthilfemöglichkeiten des Betroffenen ausgeschöpft, kann der SGB II-Träger die Gewährung eines Darlehens zum Ausgleich der bestehenden Schulden beim Energieversorger nur in atypischen Fällen (z. B. wiederholte mutwillige Verschuldung) ablehnen.

Ein Alg II-Berechtigter darf nicht über Gebühr mit Tilgungen der vom Jobcenter gewährten Darlehen belastet werden. Dies wird dadurch vermieden, dass ein zuerkanntes Darlehen erst nach Tilgung der bereits gewährten Darlehen zu tilgen ist. Das erkennende Gericht nimmt insoweit Bezug auf diverse Entscheidungen, die § 42a SGB II mit überzeugenden Gründen verfassungskonform so auslegen, dass Darlehen nach § 24 oder 22 SGB II nur mit maximal 10% des Regelbedarfs aufgerechnet werden dürfen (SG Berlin vom 17.03.2015 - S 173 AS 23394/14; LSG Berlin-Brandenburg vom 29.07.2015 - L 32 AS 1688/15 B ER; s. auch LSG Berlin-Brandenburg vom 31.07.2015 - L 25 AS 1911/14 B PKH).

**SG Berlin,
Beschluss vom 29.12.2015,
S 37 AS 26006/15 ER**

Anm.:

Zur Frage der Begrenzung der Aufrechnung von Darlehen gibt es inzwischen mehrere SG-Entscheidungen, die darauf hinauslaufen, dass auch bei mehreren gleichzeitig zu tilgenden Darlehen die Aufrechnungshöhe 10 % nicht übersteigen darf. Die BA hat inzwischen diese Rechtsauffassung übernommen (vgl. Schreiben der BA an Harald Thomé:

<http://snipurl.com/2ag257j>)

und angekündigt, die fachlichen Hinweise bzw. die Wissendatenbank entsprechend aktualisieren. Bis zum Redaktionsschluss ist dies aber noch nicht erfolgt.



Aufrechnung mit 30 % des Regelbedarfs verfassungsgemäß

Das BSG hat keine verfassungsrechtliche oder sonstige Bedenken, dass eine Aufrechnung nach § 43 SGB II in Höhe von 30 % des für den Leistungsberechtigten maßgeblichen Regelbedarfs zulässig ist. In einem Terminbericht begründet das BSG seine Entscheidung, dass sogar die Aufrechnung über einen Zeitraum von bis zu drei Jahre mit der Verfassung vereinbar ist. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG) ist als Gewährleistungsrecht auf die Ausgestaltung durch den Gesetzgeber angelegt. Gegenstand dieser Ausgestaltung sind nicht nur die Höhe der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und das Verfahren ihrer Bemessung, sondern können auch Leistungsminderungen und Leistungsmodalitäten sein. Die Aufrechnung nach § 43 SGB II, die die Höhe der Leistungsbewilligung unberührt lässt, aber die bewilligten Geldleistungen nicht ungekürzt dem Leistungsberechtigten zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung stellt, ist eine verfassungsrecht-

lich zulässige - und im Existenzsicherungsrecht tradierte (vgl. § 25a BSHG) - Ausgestaltung des Gewährleistungsrechts. Dies gilt zumal für die Aufrechnung i.H.v. 30 % des maßgebenden Regelbedarfs. Denn diese knüpft an eine vorwerfbare Veranlassung des Erstattungsanspruchs durch den Leistungsberechtigten und damit an seine Eigenverantwortung als Person an, die Teil der Art. 1 Abs. 1 GG zugrunde liegenden Vorstellung vom Menschen ist. Zudem enthalten die gesetzlichen Regelungen mit der Einräumung von Ermessen hinsichtlich des Ob und der Dauer einer Aufrechnung, der Möglichkeit einer Aufhebung des Dauerverwaltungsakts der Aufrechnung bei Änderung der Verhältnisse sowie mit der möglichen Bewilligung ergänzender Leistungen während der Aufrechnung bei besonderen Bedarfslagen hinreichende Kompensationsmöglichkeiten, um verfassungsrechtlich nicht hinnehmbaren Härten im Einzelfall zu begegnen.

**BSG, Urteil vom 09.03.2016,
B 14 AS 20/15 R**



Keine dauerhafte Deckelung der KdU bei nicht erforderlichem Umzug

Nach § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II wird nur der bisherige Bedarf anerkannt, wenn sich die angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach einem nicht erforderlichen Umzug erhöhen. Die aus dieser Vorschrift folgende Begrenzung der Leistungen für Unterkunft ist jedoch nur dann rechtmäßig - insoweit schließt sich der erkennende Senat dem 14. Senat in seiner Entscheidung vom 29.04.2015 an (B 14 AS 6/14 R, zur Veröffentlichung in BSGE vorgesehen, SozR 4-4200 § 22 Nr 84) -, wenn zum Zeitpunkt des Umzugs zutreffend ermittelte Angemessenheitsgrenzen für die Unterkunfts- und Heizkosten bestanden.

Es gilt dann jedoch, dass die zukünftige Höhe der Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht statisch auf die Aufwendungen zum Zeitpunkt des Auszuges aus der zuvor bewohnten Wohnung begrenzt ist. Es hat vielmehr eine Dynamisierung unter Berücksichtigung der Veränderungen der Angemessenheitsgrenze seit dem Vergleichszeitpunkt zu erfolgen. Diese Veränderungen sind, da nach einem schlüssigen Konzept ermittelt, Maßstab für die Abbildung der realen Dynamik auf dem Mietwohnungsmarkt des Vergleichsraumes.

**BSG, Urteil vom 17.02.2016,
B 4 AS 12/15 R + B 4 AS 12/15 R**



Mehrbedarf Umgangsrecht auch bei kurzen Wegstrecken

Bei Aufwendungen eines Elternteils zur Ausübung des Umgangsrechts handelt es sich um einen laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen, unabweisbaren Bedarf gem. § 21 Abs. 6 S. 1 SGB II. Es handelt sich um einen laufenden Mehrbedarf, weil die Bedarfslage eine andere ist als bei typischen Leistungsbeziehenden. Insofern ergibt sich ein Mehrbedarf im Verhältnis zum „normalen“ Regelbedarf. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass im Regelbedarf ein Anteil für Fahrtkosten enthalten ist. Denn die Fahrtkosten zur Ausübung des Umgangsrechts betreffen eine spezielle Situation im Vergleich zu den üblichen Alltagsfahrten (LSG NRW, Urteil vom 31.03.2013 - L 7 AS 1911/12). Aus der Tatsache, dass nur eine relativ kurze Strecke von 7,90 km zurückgelegt werden muss, kann nicht geschlossen werden, dass dadurch kein Mehrbedarf entstände.

Eine allgemeine Bagatellgrenze in Höhe von 10 % - wie vom Jobcenter angenommen - ist dem Gesetz nicht zu entnehmen (vgl. BSG, Urteil vom 26.05.2011, B 14 AS 146/10 R).

SG Dortmund, Urteil vom 04.12.2015, S 27 AS 279/13

Kinderzuschlag ohne Berücksichtigung von Wohngeld

Bei der Prüfung, ob die Eltern ihren Bedarf mit Leistungen außerhalb des SGB II decken können, ist ein gezahltes Wohngeld unberücksichtigt zu lassen. Nur wenn die Eltern zur Deckung des Bedarfs weder auf Wohngeld noch auf SGB II-Leistungen angewiesen sind, soll der Kinderzuschlag gezahlt werden (BSG, Urteil vom 06. 05.2010, B 14 KG 1/089 R (14)).

LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 25.11.2015, L 5 BK 2/15 B

Keine Übernahme Fahrten zum Kindergarten

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Übernahme der Beförderungskosten eines Kindes zum Kindergarten.

Das SG hat die die Klage einer Alg II berechtigten Mutter abgewiesen. Die Beförderungskosten (hier: eine Monatskarte) könnten aus dem im Alg II hierfür enthaltenen Betrag sowie aus dem der Klägerin bewilligten Mehrbedarf für Alleinerziehende bestritten werden. Ein gesonderter Mehrbedarf wegen der Fahrkosten sei nicht zu bewilligen, da dieser nicht unabweisbar sei. In diesem Zusammenhang sei zu beachten, dass der Besuch des Kindergartens anders als der Schulbesuch freiwillig sei. Die Klägerin werde durch den Kindergarten in ihren Betreuungs- und Erziehungsaufgaben entlastet. Mit der Monatskarte könnten nicht nur die Fahrten zum Kindergarten, sondern auch sonstige Fahrten bestritten werden.

SG Mainz, Urteil vom 28.01.2016, S 8 AS 1064/14

KdU-Anspruch eines Kindes getrennt lebender Eltern

Kinder getrennt lebender Eltern haben während ihres Aufenthalts in der Wohnung eines nur umgangsberechtigten Elternteils, der als Studierender dem Leistungsausschluss des § 7 Abs. 5 SGB II unterliegt, keine eigenen Ansprüche auf Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Ein anzuerkennender Wohnbedarf i.S. des § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II besteht nur bezogen auf den Lebensmittelpunkt. Der Lebensmittelpunkt eines Kindes liegt in der Wohnung nur eines Elternteils, wenn sich das Kind überwiegend bei diesem einen Eltern-

Zwangsverrentung nicht verfassungswidrig

Die Aufforderung des Grundsicherungsträgers an den Leistungsberechtigten nach § 5 Abs. 3 Satz 1 SGB II i.V.m. § 12a Satz 1 SGB II, eine vorzeitige Altersrente zu beantragen, verstößt nicht gegen Grundrechte aus Art 3, 14 und 12 GG.

Im entschiedenen Fall lagen keine Voraussetzungen der Unbilligkeitsverordnung vor. Der Kläger kritisierte jedoch, dass das Jobcenter sein Ermessen nicht hinreichend ausgeübt habe und im Übrigen § 12 a Satz 2 Nr. 1 SGB II verfassungswidrig. Das BSG ist dieser Argumentation jedoch nicht gefolgt. Im konkreten Fall lag die zu erwartende Rentenhöhe auch mit Abschlägen oberhalb des Grundsicherungsanspruchs.

BSG, Urteil vom 09.03.2016, B 14 AS 3/15 R



teil aufhält. Eine Aufteilung des Wohnbedarfs je nach dem Umfang des Aufenthalts bei dem einen oder anderen Elternteil kommt nicht in Betracht. Besteht wegen der Wahrnehmung des Umgangsrechts ein zusätzlicher Wohnraumbedarf des umgangsberechtigten Elternteils, kann dieser im Rahmen der konkreten Angemessenheit der Unterkunft- und Heizaufwendungen nach § 22 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Satz 3 SGB II zu berücksichtigen sein.

BSG, Urteil vom 17.02.2016, B 4 AS 2/15 R



Kosten für die Ummeldung von Telefon und Internet

Auch die Kosten für einen Nachsendeantrag und die für die Umstellung des Telefon- und Internetanschlusses zählen zu den „eigentlichen“ Umzugskosten im engeren Sinn. Sie gehen zwangsläufig mit einem Umzug einher und werden unmittelbar durch diesen veranlasst. Zudem sind sie nicht zu vermeiden, denn bei einem Umzug von einer in die andere Stadt ist die postalische und telefonische Erreichbarkeit im Allgemeinen und gegenüber dem Jobcenter im Besonderen nicht zu gewährleisten und sicherzustellen.

Dieser Wertung stehen Entscheidungen des BSG nicht entgegen. In diesen werden zwar als Umzugskosten in Betracht kommend nur Transportkosten, Kosten für eine Hilfskraft, erforderliche Versicherungen, Benzinkosten, Verpflegung der Hilfskräfte, Verpackungsmaterial und Sperrmüllentsorgung erwähnt. Die Aufzählung ist allerdings nicht abschließend.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 06.10.2015, L 6 AS 1349/13

(Anm.: Revision beim BSG anhängig unter B 14 AS 58/15 R)

Berechnung der KdU beim Kinderzuschlag

Bei der Ermittlung der Höchst Einkommensgrenze für den Kinderzuschlag gemäß § 6a BKGG sind die Kosten der Unterkunft und Heizung vorab nach der Kopfteilmethode um diejenigen Anteile zu bereinigen, die auf nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehörenden Personen entfallen. Erst die danach verbleibenden KdU und Heizung der Bedarfsgemeinschaft sind in dem Verhältnis aufzuteilen, das sich aus dem Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern ergibt.

BSG, Urteil vom 09.03.2016, B 14 KG 1/15 R

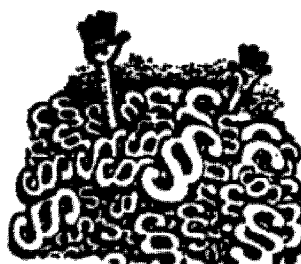
Keine Sperrzeit beim Wechsel von unbefristeter nach befristeter Beschäftigung

Bei einem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Arbeitsverhältnis tritt eine Sperrzeit im Anschluss an die befristete Beschäftigung nur ein, wenn dem Arbeitnehmer unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung seiner Interessen mit den Interessen der Versicherungsgemeinschaft ein anderes Verhalten zugemutet werden könne. Bietet das befristete Arbeitsverhältnis für den Arbeitnehmer deutlich attraktivere Arbeitsbedingungen ist es gerechtfertigt, das unbefristete Arbeitsverhältnis zu Gunsten eines befristeten zu lösen.

Im entschiedenen Fall war ein Maurer ca. 50 km von seinem Wohnort entfernt tätig. Er kündigte diese unbefristete Beschäftigung und arbeitete unmittelbar anschließend in einem Betrieb in der Nähe seines Wohnortes. Dieses Arbeitsverhältnis war allerdings von Anfang an auf zunächst 2 Monate befristet gewesen.

Das SG gab der Klage des Arbeitslosen gegen die vom Arbeitsamt verhängte Sperrzeit statt. Der Kläger habe durch Aufnahme des befristeten Arbeitsverhältnisses seinen Anfahrtsweg zur Arbeit und damit die Höhe der Fahrtkosten drastisch verkürzt, was indirekt zu einem nicht nur geringfügig höheren Nettoarbeitsentgelt geführt habe. Zudem habe der Arbeitgeber des befristeten Arbeitsverhältnisses auch einen um ca. 20 % höheren Stundenlohn gezahlt. Damit waren die Arbeitsbedingungen in dem befristeten Arbeitsverhältnis deutlich attraktiver als in dem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis, so dass das Interesse des Klägers an einem Wechsel das Interesse der Versicherungsgemeinschaft an einer Fortführung des unbefristeten Arbeitsverhältnisses überwiege.

SG Speyer, Urteil vom 17.02.2016, S 1 AL 63/15



Kein Krankenkassenwahlrecht für nicht versicherte Sozialhilfeempfänger

Ein in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht versicherter Empfänger von Leistungen nach dem Dritten bis Neunten Kapitel des SGB XII, der bereits eine Krankenkasse zur Krankenbehandlung im Bereich des zuständigen Sozialhilfeträgers gewählt hat, hat nicht das Recht zur Wahl einer anderen Krankenkasse.

Betreute Sozialhilfeempfänger nach § 264 SGB V wählen bei ihrem Sozialhilfeträger eine Krankenkasse für die auftragsweise Leistungserbringung. Während des Leistungsbezugs sind sie an die Wahl der Krankenkasse gebunden und können die gewählte Krankenkasse nicht wechseln. Das Gesetz sieht

für nicht versicherte Sozialhilfeempfänger kein Recht vor, die einmal gewählte funktionsfähige Krankenkasse zu wechseln, solange diese weder geschlossen noch von einem Insolvenzeröffnungsantrag betroffen ist. Der Gesetzgeber hat das Recht der Sozialhilfeempfänger, einmal eine Krankenkasse zur Übernahme der Krankenbehandlung zu wählen, planvoll abschließend geregelt, ohne gegen den allgemeinen Gleichheitssatz zu verstoßen. Eine analoge Anwendung der Regelungen über Wechselrechte für Versicherte ist mangels Regelungslücke ausgeschlossen.

BSG, Urteil vom 08.03.2016, B 1 KR 26/15 R

Rechtsvereinfachungsgesetz – Stand der Dinge

Zuletzt haben wir im **SOZIAL INFO 4/2015** (S. 9ff.) eine Übersicht über das geplante Rechtsvereinfachungsgesetz auf der Basis des Referentenentwurfs gegeben. In der Zwischenzeit hat die Bundesregierung einen offiziellen Gesetzentwurf in das Verfahren eingebracht. Zur Vermeidung von Wiederholungen sollen an dieser Stelle zunächst nur die Änderungen aufgezeigt werden, die sich im Verhältnis zum Referentenentwurf ergeben haben.

Vor allem zwei im Referentenentwurf vorgesehene Änderungen sind im Gesetzentwurf zunächst aufgegeben worden, die die **temporäre Bedarfsgemeinschaft** und die **Absetzbarkeit von Riesterrenten-Beiträgen** betreffen. Die Konstruktion der sog. „temporären Bedarfsgemeinschaft“, bei der bislang eine tageweise Zuordnung des minderjährigen Kindes in zwei sich zeitlich abwechselnde und zeitlich ausschließende Bedarfsgemeinschaften vorgenommen wurde, soll doch beibehalten werden. Allerdings hat inzwischen das BMAS einen eigenen Entwurf zur Neuregelung der temporären Bedarfsgemeinschaft vorgelegt. Dieser sieht - statt der tageweise Zuordnung des minderjährigen Kindes zu dem Haushalt eines Elternteils - die zeitgleiche Zuordnung zu beiden Bedarfsgemeinschaften vor! Die Bedarfe sollen jeweils anteilig entsprechend der Gesamtzahl der Anwesenheitstage in der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft ohne kalendarische Benennung der konkreten Aufenthaltstage berücksichtigt werden, so dass dem Kind insgesamt stets der volle Regelbedarfsbetrag anerkannt wird.

Ein Anwesenheitstag soll dem elterlichen Haushalt zugerechnet werden, in dem sich das Kind im Verlauf des Kalendertages zuerst aufhält. Die bisher erforderliche Feststellung, bei welchem Elternteil sich das Kind an einem bestimmten Tag überwiegend, also mehr als zwölf Stunden am Tag, aufhält, würde dadurch entbehrlich.

Die Idee des BMAS erfordert allerdings verschiedene Folgeänderungen und die Zusammenarbeit zwi-

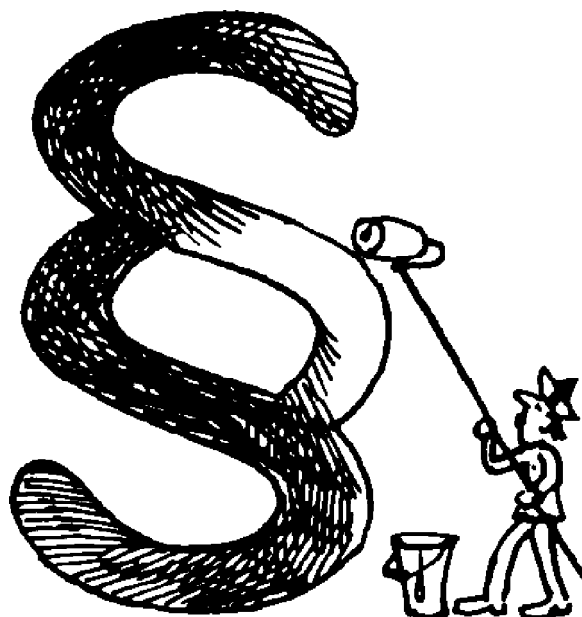
schen den beteiligten Jobcentern. Die jeweils zuständigen Träger haben die in den jeweiligen Bedarfsgemeinschaften anzuerkennenden Anwesenheitstage einvernehmlich festzulegen. Dazu sollen u.a. auch die Bewilligungszeiträume der betroffenen Bedarfsgemeinschaften synchronisiert werden. Ob die vom BMAS vorgeschlagene Konstruktion wirklich zu einer Verwaltungsvereinfachung führen wird, darf bezweifelt werden. Bis zum Redaktionsschluss lagen noch keine Reaktionen der am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten vor. Ob der Entwurf schließlich konsensfähig ist und in das Gesetzgebungsverfahren einmündet, bleibt also abzuwarten.

Bei der Einkommensanrechnung - der zweite Punkt, der sich im Gesetzentwurf nicht wiederfindet -, soll nun doch keine Pauschalierung des Abzugs von Beiträgen zur geförderten Altersvorsorge („Riester-Rente“) vorgenommen werden. Es bleibt bei der bisherigen Absetzbarkeit des Mindesteigenbetrags, der individuell errechnet wird.

Eine wesentliche Ergänzung des Referentenentwurfs bildet der nun neu eingeführte § 16h SGB II mit dem Titel „Förderung schwer zu erreichender junger Menschen“. Hier wird ein völlig neues Instrument eingeführt, das als

Ermessensleistung für die unter 25-jährigen Leistungsberechtigten („U25“) eingesetzt werden kann, mit dem Ziel, „die aufgrund der individuellen Situation der Leistungsberechtigten bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden“, um sie auf den Weg in Bildungsprozesse, Maßnahmen der Arbeitsförderung, Ausbildung oder Arbeit bringen. Ziel ist aber auch, die U25 überhaupt dazu zu bringen, Sozialleistungen zu beantragen oder anzunehmen. In der Gesetzesbegründung wird dazu erläutert, dass eine nicht unbedeutende, aber zahlenmäßig nicht bestimmbare Gruppe junger Menschen von den Angeboten der Sozialleistungssysteme mindestens zeitweise nicht erreicht wird.

Der Ansatz erscheint zunächst widersprüchlich, da ja gerade die U25 besonders scharf sanktioniert werden und bei Fehlverhalten ihren Leistungsanspruch sehr schnell verlieren können. Der Versuch, auch vom BMAS, die Sanktionsregelungen für die U25 zu entschärfen, war ja in der Regierungskoalition an CDU und vor allem CSU gescheitert und hatten schon keine Weg in den Referentenentwurf gefunden. Hier wird nun der Versuch unternommen, die durch Sanktionen aus dem Grundsicherungssystem Herausgekegelten durch die Hintertür wieder einzufangen.



Die Förderung umfasst zusätzliche Betreuungs- und Unterstützungsleistungen mit dem Ziel, dass Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Anspruch genommen werden, erforderliche therapeutische Behandlungen eingeleitet werden und an Regelangebote dieses Buches zur Aktivierung und Stabilisierung und eine frühzeitige intensive berufsorientierte Förderung herangeführt wird. Wie dies praktisch erfolgen soll, bleibt zunächst etwas nebulös. Sicher ist nur, dass die Leistungen nachrangig gegenüber den Angeboten des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit) sind, soweit der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Art und Umfang gleichartige Leistungen tatsächlich erbringt. Zur Abgrenzung der Leistungsverantwortlichkeit soll sich die Agentur für Arbeit deshalb eng mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe abstimmen.

Dieser neue Förderansatz sieht sogar eine Ausnahme vom Grundsatz vor, dass die Leistungen des SGB II antragsabhängig sind. Die Leistungen können nämlich bereits erbracht werden, wenn die Leistungsvoraussetzungen hinreichend wahrscheinlich vorliegen oder zu erwarten sind oder eine Leistungsberechtigung dem Grunde nach besteht. Eine fehlende Antragstellung der leistungsberechtigten Person steht den Betreuungs- und Unterstützungsleistungen jedenfalls nicht entgegen.

Im SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) findet eine Öffnung für schwerbehinderte Menschen, die langzeitarbeitslos im Sinne des § 18 SGB III (also 1 Jahr und länger arbeitslos) sind, statt. Diese erhalten nun Zugang zu den sog. Integrationsprojekten, d.h. Integrationsunternehmen, -betriebe oder -abteilungen, in denen bisher nur besonders betroffene Schwerbehinderten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden.

Zu dem Kabinettsentwurf gibt es auch weiter zahllose kritische Stimmen. U.a. wird bezweifelt, ob es sich wirklich um eine „Vereinfachung“ handelt. Der Präsident des LSG Nord-

rhein-Westfalen, Joachim Nieding, äußerte sich jüngst auf einer Pressekonferenz wie folgt: „Der Entwurf ist eher Stückwerk. Er regelt offene Detailfragen, substantielle Beiträge zum Bürokratieabbau oder zur Verfahrensreduzierung kann ich nicht erkennen. Die geplante Verlängerung der Leistungsbewilligung von sechs auf zwölf Monate wird die Gerichtsbarkeit sogar eher be- als entlasten, da die Streitwerte höher und die Verfahren unübersichtlicher werden.“

Der Deutsche Richterbund und der Bund Deutscher Sozialrichter begrüßen in einer Stellungnahme, dass die zunächst geplante Neuregelung zur Zugehörigkeit von Kindern zu zwei Bedarfsgemeinschaften aufgegeben wurde. Ausdrücklich abgelehnt wird aber weiterhin die Einführung eines Regelbewilligungszeitraums von 12 Monate. Denn dies trage nicht - wie teilweise in den Medien dargestellt - zur Verminderung des Verwaltungsaufwandes bei. Es sei völlig praxisfern, davon auszugehen, dass dann nur ein statt zwei Bescheide pro Jahr erstellt würden. Vielmehr würden sich die Zahl der Änderungsbescheide - bezogen auf einen Grundbescheid - erhöhen. Im Übrigen würden auch die Bemühungen des Gesetzgebers zur Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit erheblich konterkariert. Denn Berufungen sowie Beschwerden in Eilverfahren bzw. gegen ablehnende Prozesskostenhilfebeschlüsse sind derzeit bis zu einer Beschwerde von 750 EUR ausgeschlossen. Bei Jahresbescheiden würde der Rechtsmittelausschluss bereits bei einem Streit um (höhere)

Leistungen von monatlich 62,51 EUR nicht mehr greifen.

Die Jobcenterpersonalräte konstatieren schließlich, „dass es sich beim Entwurf zu einem Neunten Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung um keine Reform handelt, noch nicht einmal ein Reförmchen und in der Summe auch nicht um Rechtsvereinfachungen. Wir haben es hier mit einem Nachbesserungsgesetz zu tun, nicht weniger aber auch nicht mehr.“



Neue Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Die BA hat ihre Weisungen zu § 7 SGB II („Berechtigte“) aktualisiert. Unter anderem erfolgte eine Neugliederung der Fachlichen Weisungen im Kapitel 2 nach Personengruppen (Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, Drittstaatsangehörige, Leis-

tungsberechtigte nach AsylbLG). Die Weisungen bieten dadurch jetzt einen brauchbaren Überblick zur Frage welche Ausländer Alg II-Anspruch haben oder vom Leistungsanspruch ausgeschlossen sind:

<http://snipurl.com/2afwsla>

Das 1-Cent-Problem und andere Merkwürdigkeiten

Eigentlich soll das Alg II ja centgenau berechnet werden. Nur die Regelbedarfe werden bei ihrer Ermittlung und Fortschreibung noch gerundet. § 41 Abs. 2 SGB II regelt, dass Berechnungen auf zwei Dezimalstellen durchgeführt werden. Ergibt sich bei einer Berechnung eine dritte Dezimalstelle, wird die letzte Dezimalstelle um eins erhöht, wenn sich in der folgenden Dezimalstelle eine der Ziffern 5 bis 9 ergeben würde - jedenfalls dann, wenn nichts Abweichendes bestimmt ist. Verwaltet wird die ganze Leistungsberechnung bekanntlich durch ALLEGRO, ein Wunderwerk an Software, „das alle modernen Standards erfüllt“.

Trotzdem gibt es merkwürdige Fälle von Ungenauigkeiten, die selbst zu A2LL-Zeiten nicht aufgetreten sind. Ein häufiger vorkommendes Beispiel ist die Berechnung der KdU bei einer aus mehreren Personen bestehenden Bedarfsgemeinschaft. Die KdU werden bekanntlich kopfteilig umgelegt. Bei einer dreiköpfigen BG und KdU in Höhe von 500 EUR ergeben sich pro Kopf 166,666 EUR, die anschließend auf 166,67 EUR gerundet werden. Anerkannt werden demnach $3 \times 166,67 \text{ EUR}$ - insgesamt also 500,01 EUR. Was hier noch zugunsten der BG ausgeht, kann sich bei anderen Beträgen auch negativ auswirken. Belaufen sich die Unterkunftskosten z.B. auf 700 EUR ergibt sich für jedes BG-Mitglied ein Anspruch von 233,333 EUR, gerundet 233,33 EUR. Das Jobcenter erkennt in diesem Fall lediglich 699,99 EUR an, also einen Cent zu wenig. Nun mag es kleinkariert erscheinen, sich um einen Cent zu streiten. Auch das BSG vertritt die Ansicht, dass Centbeträge aus Rundungsfehlern wirtschaftlich auch für Beziehende von Grundsicherungsleistungen so geringfügig sind, dass sie die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes nicht rechtfertigen. Trotzdem bleibt in Zusammenhang mit den sonst so pingeligen Jobcentern ein leichter Nachgeschmack, zumal das ansonsten oft unzulängliche Vorläufersystem All2 diesen Fehler nicht aufgewiesen hat. Hier wurde im Zweifel einem Mitglied der BG ein Cent mehr oder weniger be-

willigt. Dadurch wurde zwar das Kopfteilprinzip verletzt, aber am Ende zumindest die Gesamtmiete centgenau in der tatsächlichen Höhe anerkannt.

Seltener, aber doch gelegentlich, kann das sog. Februar-Phänomen auftauchen, eine leistungsrechtliche Anomalie, die noch nicht sehr gut erforscht scheint. Leistungsrechtlich hat jeder Monat 30 Tage (§ 41 Abs. 1 SGB II). Nur wenn ein Leistungsanspruch nicht für den ganzen Monat besteht, wird die Leistung anteilig erbracht. Der Redaktion ist jedoch gerade ein aktueller Fall bekannt, bei

dem, obwohl unstrittig für den ganzen Monat Februar der Leistungsanspruch bestand, das Alg II nur zu 28/30stel bewilligt wurde. Besonders merkwürdig: in diesem Jahr hat der Februar 29 Tage! Hier liegt wohl kein Softwareproblem vor, sonst müsste der Fehler häufiger und systematischer auftreten. Erklären kann man sich das eigentlich nur durch eine fehlerhafte händische Bearbeitung eines einzelnen Sachbearbeiters. Andererseits: Eine Leistungsbewilligung in der Höhe von 31/30stel für einen der Kalendermonate mit 31 Tagen ist bislang nicht beobachtet worden!



Begrenzung der Aufrechnung auf insgesamt 10 Prozent

Katja Kipping, Bundesvorsitzenden der Linken, hat die Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Anfrage, ob und ab wann bei Erstattungsansprüchen die Begrenzung der Aufrechnung auf insgesamt 10 Prozent des Regelbedarfs gelten soll, veröffentlicht

<http://snipurl.com/2aefh4z>.

In der Antwort erklärt die Bundesregierung: „Vor dem Hinter-

grund der uneinheitlichen Praxis und Rechtsprechung zu § 42a SGB II bei mehreren Rückzahlungsansprüchen aus Darlehen haben sich Bund und Länder darauf verständigt, auch in diesen Fällen die Tilgung auf 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs zu begrenzen. Die fachlichen Weisungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden demnächst in aktualisierter Fassung veröffentlicht.“

Stärkung der beruflichen Weiterbildung – Bildungsprämie

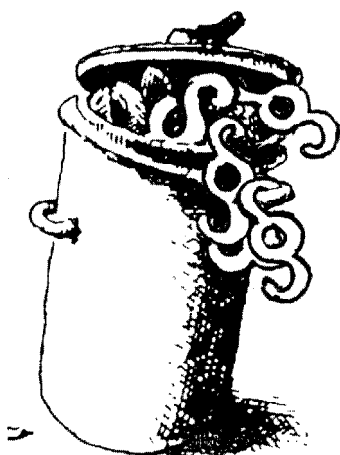
Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsschutz und Weiterbildungsstärkungsgesetz - AWSiG) verabschiedet (BR 65/16). Das Gesetz soll den Zugang zur beruflichen Weiterbildung insbesondere für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern.

Der Entwurf sieht u.a. vor:

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss können zur Vorbereitung auf eine abschlussbezogene berufliche Weiterbildung Förderleistungen zum Erwerb notwendiger Grundkompetenzen in den Bereichen Lesen, Schreiben, Mathematik und Informations- und Kommunikationstechnologien erhalten.
- Zur Stärkung von Motivation und Durchhaltevermögen erhalten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer abschlussbezogenen Weiterbildung beim Bestehen einer durch Ausbildungsverordnung vorgeschriebenen Zwischenprüfung eine Prämie von 1.000 EUR, beim Bestehen der Abschlussprüfung eine Prämie von 1.500 EUR. Für Alg II-Berechtigte sollen die Prämien nicht als Einkommen angerechnet werden!
- Die Arbeitsagenturen können Maßnahmen zur abschlussbezogenen beruflichen Weiterbildung und zum Erwerb von Grundkompetenzen außer über Bildungsgutscheine auch durch eine Vergabe von Maßnahmen fördern.
- Notwendige Qualifizierungen von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab Vollendung des 45. Lebensjahres und von gering Qualifizierten in einer Transfergesellschaft können gefördert werden, wenn der Arbeitgeber mindestens 50 % der Lehrgangskosten trägt.
- Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosen mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen können Maßnahmen und berufliche Eingliederung, die bei oder von einem Arbeitgeber durchgeführt werden bis zu zwölf Wochen (bisher: 6 Wochen) absolvieren.
- Möglichkeit einer freiwilligen Weiterversicherung im Falle der Inanspruchnahme einer Elternzeit nach § 15 BEEG. Zielgruppe sind somit Eltern, die Eltern, die nach Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes eine Elternzeit in Anspruch nehmen.
- Möglichkeit einer freiwilligen Weiterversicherung für Personen, die ihre versicherungspflichtige Beschäftigung oder den Bezug von Arbeitslosengeld wegen einer beruflichen Weiterbildung unterbrechen.

- Die Sonderregelung zur Anwartschaftszeit für überwiegend kurz befristet Beschäftigte wird bis zum 31.07.2018 verlängert. Die Verlängerung erfolgt nun zum wiederholten Mal. Erneut soll die Zeit für eine grundsätzliche Regelung der Frage genutzt werden, wie die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit für überwiegend kurz befristet Beschäftigte, insbesondere auch für Kulturschaffende, verbessert werden kann.

Das Gesetz bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrats und soll am 01.08.2016 in Kraft treten.



Düsseldorfer Tabelle ab 01.01.2016

Die Düsseldorfer Tabelle enthält Leitlinien für den Unterhaltsbedarf von Unterhaltsberechtigten. Nach der letzten Anpassung zum 01.08.2015 erfolgte nun wie erwartet eine weitere Aktualisierung. Diese ist notwendig geworden, weil sich die Bedarfssätze unterhaltsberechtigter Kinder weiter erhöht haben.

Ab 2016 richtet sich der Mindestunterhalt nach dem „steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimum des minderjährigen Kindes“ (vgl. §

1612a BGB). Der Mindestunterhalt wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erstmals zum 1. Januar 2016 und dann alle zwei Jahre durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festgelegt.

Die aktuelle Düsseldorfer Tabelle wurde vom OLG Düsseldorf hier veröffentlicht:

<http://snipurl.com/2adu32d>



Keine Rundfunkgebühren für Flüchtlinge

Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können sich vom Rundfunkbeitrag befreien lassen. Normalerweise ist - wie z.B. auch bei Leistungsbeziehenden nach dem SGB II oder SGB XII - ein entsprechender Antrag erforderlich, dem der Bewilligungsbescheid über den Bezug von Asylbewerberleistungen oder eine Bescheinigung der Leistungsgewährenden Behörde beigelegt werden muss. In der Vergangenheit kam es jedoch öfter vor, dass in einer Notunterkunft lebende Flüchtlinge bereits vom Beitragsservice angeschrieben und aufgefordert wurden, ihren Rundfunkbeitrag zu leisten.

Wie der Beitragsservice inzwischen erklärt hat, sollte dies eigentlich nicht vorkommen. Grund für die Anschreiben, die der Beitragsservice automatisiert verschickt, ist das Verfahren zur Ersterfassung von beitragspflichtigen Wohnungen. Wenn Asylbewerberinnen und Asylbewerber von der zuständigen Sozialbehörde melderechtlich erfasst sind, werden diese Meldedaten an den Beitragsservice übermittelt. Da diese Meldedaten keinen

Hinweis darauf enthalten, dass es sich bei der gemeldeten Person um eine Asylbewerberin oder einen Asylbewerber handelt, schreibt der Beitragsservice alle Personen an, die keiner angemeldeten Wohnung zugeordnet werden können und bittet um Klärung der Beitragspflicht.

Vereinbart war, dass Städte und Kommunen den Beitragsservice über die Adressen der Notunterkünfte informiert, damit diese im System des Beitragsservice als „gesperrt“ gekennzeichnet werden. Dies ist wohl nicht flächendeckend geschehen, wurde aber inzwischen weitgehend nachgeholt. Erhalten Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Einzelfällen doch ein Anschreiben des Beitragsservice, sollten die Betreuer zeitnah reagieren und den Beitragsservice über den Asylbewerberstatus informieren. Am schnellsten geht dies über die Kontaktformulare auf

www.rundfunkbeitrag.de

sowie über die Hotline des Beitragsservice.



Neue Förderkonditionen beim Bildungsscheck NRW

Mit dem Bildungsscheck wird in NRW die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben gefördert. Im Fokus stehen dabei vor allem Geringqualifizierte und weiterbildungsferne Beschäftigte. Seit 2016 haben sich die Förderkonditionen des aus ESF-Mitteln finanzierten Programms geändert: individuell förderbar sind nun ausschließlich nur noch Zugewanderte, Un- und Angelernte, Beschäftigte ohne Berufsabschluss, atypisch Beschäftigte, ältere Beschäftigte ab 50 Jahre und Berufsrückkehrende. Außerdem ausgeschlossen sind Selbstständige und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Im betrieblichen Zugang

wird ebenfalls eine Einkommensobergrenze eingeführt. Das Arbeitnehmerbrutto darf hier 39.000 EUR im Jahr nicht übersteigen.

Für Ratsuchende, Betriebe und Beratende gibt es einen Info-Service. Über die Telefonhotline 0211 837-1929 ist das Beratungsangebot von Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr erreichbar.

Im Internet gibt es ausführliche Informationen, Downloads und Links vom zuständigen Ministerium:

www.mais.nrw/bildungsscheck

Klimawohngeld

Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) beschreibt die Energieeffizienzstrategie der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode. Darin hat die Bundesregierung kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen und Instrumente zusammengestellt, mit denen sie das Ziel ihres Energiekonzeptes erreichen will, bis 2020 eine Primärenergieeinsparung von 20 Prozent gegenüber 2008 zu realisieren. Der NAPE sieht u.a. auch vor, dass energetisch hochwertiger Wohnraum auch für Haushalte mit geringem Einkommen vorhanden sein muss. Für die Akzeptanz der Modernisierung ist demnach wichtig, dass die Bezahlbarkeit des Wohnraums insgesamt gewahrt bleibt.

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT 18/6796), wie dies angesichts der aktuell gegenläufigen Entwicklung von Mietpreisen in Ballungszentren in der Realität auf dem Wohnungsmarkt sichergestellt werden soll, wird darauf hingewiesen, dass geprüft werde, das Wohngeld um eine Klima-Komponente durch eine Differenzierung der Höchstbeträge nach energetischer Gebäudequalität zu erweitern. Geprüft werde außerdem eine Ergänzung im SGB II und XII. Es soll ermöglicht werden, den existenzsichernden Bedarf für die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und in der Sozialhilfe nach dem SGB XII auf Basis eines Gesamtkonzepts (der Bruttowarmmiete) zu ermitteln.





Pflegeberufegesetz

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe (Pflegeberufereformgesetz - PflBerfG) beschlossen. Die bisher getrennt geregelten Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sollen zu einer neuen beruflichen Pflegeausbildung mit einem einheitlichen Berufsabschluss in einem Pflegeberufegesetz zusammengeführt werden.

Es ist vorgesehen, dass die Ausbildung grundsätzlich in Vollzeitform drei Jahre dauert. Im Sinne eines Beitrags zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird es jedoch zulässig sein, die Ausbildung auch in Teilzeitform mit einer Höchstdauer von fünf Jahren zu absolvieren.

Voraussetzung für den Zugang zur Ausbildung ist grundsätzlich ein mittlerer Schulabschluss oder ein als gleichwertig anerkannter Abschluss. Darüber hinaus wird unter Berücksichtigung des bundesweiten Fachkräftemangels in der Pflege der Zugang zur neuen Ausbildung über eine erfolgreich abgeschlossene sonstige zehnjährige Schulbildung eröffnet. Hierunter fällt sowohl eine abgeschlossene zehnjährige Schulbildung, die den Hauptschulabschluss erweitert als auch eine andere abgeschlossene zehnjährige allgemeine Schulbildung.

Die einheitliche Ausbildung für alle Pflegebereiche soll auch eine einheitliche Finanzierungsbasis über Landesausbildungsfonds zur Folge haben. Für die Auszubildenden soll die beruflichen Ausbildung kostenfrei und mit einer

angemessenen Ausbildungsvergütung versehen werden. Die berufliche Ausbildung in der Pflege soll zudem durch Berufsausbildungsbeihilfe förderungsfähig sein.

Neben der beruflichen Pflegeausbildung an Pflegeschulen wird aber als weitere Variante ein generalistisch ausgerichtetes, primärqualifizierendes Pflegestudium an Hochschulen eingeführt. Auch die hochschulische Pflegeausbildung qualifiziert zur unmittelbaren Tätigkeit an zu pflegenden Menschen aller Altersstufen.

Die Einführung des neuen Berufsbild der „Pflegefachfrau“ und des „Pflegefachmannes“ bedarf einiger Vorlaufzeit, so dass der Gesetzentwurf ein Inkrafttreten erst zum 01.01.2018 vorsieht.

Unabhängige Patientenberatung UPD

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen fördert Einrichtungen, die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Patientinnen und Patienten in gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen qualitätsgesichert und kostenfrei informieren und beraten, mit dem Ziel, die Patientenorientierung im Gesundheitswesen zu stärken und Problemlagen im Gesundheitssystem aufzuzeigen. Rechtsgrundlage ist § 65 SGB V.

Anfangs hatten sich der Sozialverband VdK Deutschland e.V., die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und der Verbund unabhängige Patientenberatung e.V. in der Unabhängigen Patientenberatung UPD zusammengeschlossen und eine kompetente und unabhängige Beratung zu den Themen Gesundheit, Angebote der (regionalen) Gesundheitsversorgung und gesundheitsrechtlichen Fragen angeboten. Die Vertragslaufzeit endete jedoch zum 31.12.2015. Für die Zeit ab 2016 wurde eine Ausschreibung vorgenommen, an der sich zuletzt noch 3 Dienstleister beteiligt hatten. Der Zuschlag für eine Förderung über 7 Jahre mit einem Volumen von 9 Mio. EUR für das Jahr 2016 ging letztlich an ein privates Unternehmen, die Firma Sanvar-

tis, die sich selbst als „Spezialist für medizinische Kommunikation - mit maßgeschneiderten Angeboten vom Gesundheitstelefon über Coaching-Programme bis hin zu medizinischen Informations- und Bestell-Services und Vertriebsunterstützung“ beschreibt.

Zwar ist auch Sanvartis qua gesetzlicher Grundlage zu Neutralität und Unabhängigkeit verpflichtet. Ob diese Vorgabe allerdings durch ein privates Unternehmen eingehalten wird, das u.a. auch Aufträge von Krankenkassen erfüllt, wird allerdings von verschiedenen Seiten angezweifelt. Die Kritiker hätten lieber die bewährten Strukturen und Kompetenzen beibehalten. Auffällig ist auch das massiv erhöhte Fördervolumen, nachdem in der Vergangenheit die UPD eher unterfinanziert war. Derzeit sind auch zwei Mitglieder aus dem wissenschaftlichen Beirat der Patientenberatung zurückgetreten, die bezweifeln, ob die Beratung ihre Neutralität und Unabhängigkeit unter der Trägerschaft von Sanvartis bewahrt werden kann. Der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Frank Ulrich Montgomery stellte fest: „Offensichtlich will der Spitzenverband Bund der GKV sich die lästigen, aber objektiven Kritiker der

UPD vom Hals halten und dafür einem krankenkassennahen Dienstleister den Zuschlag geben.“

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat die Bundesregierung in einem Antrag (BT 18/7042) aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der geeignet ist, „das Vertrauen der rat-suchenden Patientinnen und Patienten sowie sowohl der gesetzlich als auch der privat Versicherten in die wirkliche Unabhängigkeit der Patientenberatung wiederherzustellen.“

Telefonisch ist das Beratungsangebot montags bis freitags von 8.00 bis 22.00 Uhr und samstags von 8.00 bis 18.00 Uhr (kostenfreie Nummer: 0800 011 77 22) erreichbar. Anfragen in Türkisch (0800 011 77 23) und Russisch (0800 011 77 24) können montags bis samstags von 8.00 bis 18.00 Uhr erfolgen.

Es gibt aber auch die Möglichkeit einer online-Beratung, schriftlichen Beratung oder einer persönlichen Beratung in einer von 30 regionalen Beratungsstellen. Einzelheiten finden sich unter

www.patientenberatung.de



Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche (§ 28 SGB II)					
Fördergegenstand	Voraussetzung	Leistungshöhe	Leistungserbringung in Form von	Altersgrenze	Antrags- erfordernis (§ 37 Abs.1)
Schul- und Kita-Ausflüge, Klassenfahrten (§ 28 Abs. 2)	ein- und mehrtägige Schulausflüge und Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen	tatsächliche Kosten	Sach- und Dienstleistungen, insbesondere in Form von personalisierten Gutscheinen oder Direktzahlungen an Anbieter	25 Jahre	Ja
Schulbedarf (Stifte, Hefte usw.) (§ 28 Abs. 3)	für alle Schülerinnen und Schüler	70 EUR zum 01.08. und 30 EUR zum 01.02. eines Jahres	Geldleistung	25 Jahre	Ja Nein bei Alg II-Beziehenden
Schülerbeförderung (§ 28 Abs. 4)	Beförderung zur nächstgelegenen Schule ist notwendig; Kosten werden nicht von Dritten übernommen; Deckung der Aufwendungen aus dem Regelbedarf unzumutbar	Ganz oder anteilig (z.B. wenn die Karte auch für andere Fahrten genutzt werden kann)	Geldleistung	25 Jahre	Ja
Lernförderung (§ 28 Abs. 5)	schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung, die geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen	ortsübliche Preise für Lernförderung	Sach- und Dienstleistungen, insbesondere in Form von personalisierten Gutscheinen oder Direktzahlungen an Anbieter	25 Jahre	Ja
Mittagessen (§ 28 Abs. 6)	Angebot einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Schule, Kita oder Hort wird wahrgenommen	Zuschuss mit Eigenanteil von 1 EUR/Tag (§ 9 RBEG)	Sach- und Dienstleistungen, insbesondere in Form von personalisierten Gutscheinen oder Direktzahlungen an Anbieter	25 Jahre	Ja
Kultur, Sport und Freizeit (§ 28 Abs. 7)	Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Gesellschaft; Unterricht in künstlerischen Fächern (z.B. Musikunterricht) und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung; Teilnahme an Freizeiten	10 EUR/Monat	Sach- und Dienstleistungen, insbesondere in Form von personalisierten Gutscheinen oder Direktzahlungen an Anbieter	18 Jahre	Ja



Rechengrößen der Sozialversicherung für 2015 / 2016

	2015			2016		
	West		Ost	West		Ost
	Monat	Jahr	Monat	Jahr	Monat	Jahr
Beitragsbemessungsgrenze (Rentenversicherung)	6.050 €	72.600 €	5.200 €	62.400 €	6.200 €	74.400 €
Beitragsbemessungsgrenze (RV Knappschaft)	7.450 €	89.400 €	6.350 €	76.200 €	7.650 €	91.800 €
Beitragsbemessungsgrenze (Arbeitslosenversicherung)	6.050 €	72.600 €	5.200 €	62.400 €	6.200 €	74.400 €
Versicherungspflichtgrenze (Kranken- und Pflegeversicherung)	4.575 €	54.900 €	4.575 €	54.900 €	4.688 €	56.250 €
Beitragsbemessungsgrenze (Kranken- und Pflegeversicherung)	4.125 €	49.500 €	4.125 €	49.500 €	4.238 €	50.850 €
Bezugsgröße Sozialversicherung	2.835 €	34.020 €	2.415 €	28.980 €	2.905 €	34.860 €
Geringfügigkeitsgrenze	450 €		450 €		450 €	
vorläufiges Durchschnittsgehalt/Jahr	34.999 €		36.267 €			

IAB-Kurzbericht 19/2015:
Arbeitsmarktsituation von
Aufstockern:

Vor allem Minijobber suchen nach einer anderen Arbeit

Kerstin Bruckmeier, Johannes Eggs,
Carina Sperber, Mark Trappmann
und Ulrich Walwei

Mehr als 1,2 Millionen Personen beziehen Arbeitslosengeld II, obwohl sie erwerbstätig sind. 68 Prozent der sogenannten Aufstocker arbeiten dabei in einem Teilzeitjob mit weniger als 22 Stunden pro Woche. Vor allem die Minijobber unter den Aufstockern suchen nach einer anderen Arbeit, zeigt eine neue Studie des IAB.

Während von den Aufstockern mit Minijob fast jeder Zweite nach einer Arbeit sucht, sind es bei den Aufstockern, die in sozialversicherungspflichtiger Voll- oder Teilzeitbeschäftigung arbeiten, etwa 15 Prozent.

Arbeitsuchende Aufstocker wären noch öfter als Niedriglohnbeschäftigte ohne Leistungsbezug bereit, für eine neue Stelle Erschwernisse wie geringes Einkommen und lange Arbeitswege in Kauf zu nehmen.

Kostenloser Download unter:

<http://tinyurl.com/obkwlrz>



Februar 2016:

IAB: Aktuelle Daten und Indikatoren

Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit im Jahr 2014 in Deutschland

Die Arbeitslosigkeit ist im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, wobei der Rückgang der Arbeitslosengeld I-Beziehenden (gesamt 933 Tsd. Personen) mit 3,8 Prozent deutlich höher war als der Arbeitslosengeld II-Bezieher (gesamt 1.965 Tsd. Personen) mit 0,8 Prozent.

Die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit betrugen 2014 insgesamt **56,7 Milliarden EUR**, das sind 0,7 Milliarden EUR oder 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anstieg ist auf etwas höhere Kosten pro Arbeitslosen zurückzuführen.

Die gesamten fiskalischen Kosten bestehen aus Versicherungsleistung, Sozialleistung, Mindereinnahmen an Steuern und Mindereinnahmen an Sozialversicherungsbeträgen.

Direkte Kosten der Arbeitslosigkeit entstehen durch die Transferzahlungen an Arbeitslosengeld-I und Arbeitslosengeld-II-Beziehende. Im Jahr 2014 betrugen diese einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge für die Leistungsbeziehenden 32,1 Milliarden EUR und knapp 57 Prozent der Gesamtkosten.

Ebenfalls direkte Kosten entstehen durch das Arbeitslosengeld II und damit zusammenhängende Sozialleistungen wie die Kostenerstattung für Unterkunft und Heizung. Diese bildeten im Jahr 2014 mit **19,3 Milliarden EUR** und einem Anteil von 34 Prozent den größten Block der gesamtfiskalischen Kosten.

Kostenloser Download unter:

www.iab.de/751/section.aspx/1022



IAB-Kurzbericht 1/2016:

Integration arbeitsmarktferner Personen im Ländervergleich:

Kein Patentrezept in Sicht

Regina Konle-Seidl

Ein Vergleich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Dänemark, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Schweden zeigt: Es gibt in keinem der Länder ein Patentrezept, um schwer vermittelbare und arbeitsmarktferne Langzeiterwerbslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für Deutschland ist auf Grundlage der Erfahrungen in anderen Ländern zu überlegen, ob Instrumente, die im Bereich Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen zur Verfügung stehen, auch für gesundheitlich eingeschränkte Langzeiterwerbslose eingesetzt werden sollten.

Kostenloser Download unter:

<http://snipurl.com/2aehgbe>



Rezension

Hartz IV und die Folgen - Auf dem Weg in eine andere Republik?

Christoph Butterwegge

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Im ersten Kapitel stellt Butterwegge die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates dar und verfolgt von der Weimarer Republik bis zur Machtergreifung des Faschismus die Parallelen, Argumentationen und Ähnlichkeiten der Diktion, die zum Abbau sozialer und demokratischer Errungenschaften geführt haben.

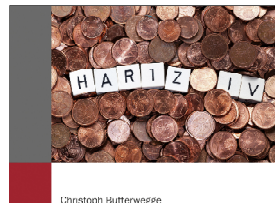
Das 2. Kapitel skizziert die Entwicklung und den Abbau des Wohlfahrtsstaates in Westdeutschland und die wiederholten Versuche seit Beginn der 80er Jahre, die Arbeitslosenhilfe abzusichern. Mit der rot-grünen Koalition 1998 wird der Aktivierende Sozialstaat („Fördern und Fordern“) Leitbild der Sozialpolitik.

Kapitel 3 stellt uns die Hintergründe und Begleitumstände der Arbeit der Hartz Kommission vor, die sich nicht mit den gesellschaftlichen Ursachen der Massenerwerbslosigkeit befasst, sondern auf der Ebene des Versagens der Arbeitsverwaltung und individuellem Fehlverhalten nach „Lösungen“ sucht.

Die Agenda 2010 mit dem Herzstück Hartz IV wird im 4. Kapitel kritisch vorgestellt.

Das 5. Kapitel umreißt den Prozess der Hartz IV-Einführung verbunden mit der kompliziertesten Verwaltungsreform nach 1945 und der verstärkten Entwicklung eines durch die aufstockenden Leistungen des Alg II gut getarnten und damit protegierten Niedriglohnssektors. Flexibilisierung und Deregulierung mit gravierenden individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen in der Folge sind Gegenstand des 6. und 7. Kapitels, in denen die Hauptleidtragenden und Profiteure vorgestellt werden. Das letzte, achte Kapitel widmet sich dem Bild der Hartz IV-Reform in den Massenmedien.

Der Zeitraffer, mit dem uns Butterwegge die sozialpolitische Entwicklung seit der Weimarer Republik vorstellt, lässt die rückwärts gerichteten Entwicklungslinien deutlicher und klarer hervortreten.



Christoph Butterwegge
**Hartz IV
und die Folgen**
Auf dem Weg in eine andere Republik?

REITZ JUVENTA

Der Autor verdeutlicht in klaren Worten, dass Deutschland mit den Hartz-Reformen zu einer anderen Republik geworden ist. Butterwegge charakterisiert die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe als tiefste Zäsur in der Entwicklung des „Wohlfahrtsstaates“ nach 1945. Neben der Einschüchterung und Disziplinierung der abhängig Beschäftigten hat dieses Gesetzespaket ebenso das Armutsrisiko von (Langzeit-) Arbeitslosen und ihren Familien verstärkt. Ein ausufernder Niedriglohnsektor gehörte ebenso zu den Folgen wie gesellschaftliche Entsolidarisierungs- und Entdemokratisierungstendenzen sowie größere soziale Kälte.

Butterwegge lässt keinen Zweifel daran, dass er Hartz IV als ein zutiefst inhumanes System betrachtet, das Menschen entrechtet, erniedrigt und entmündigt. Dennoch geht es ihm vorrangig um die Analyse der arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Implikationen (Wirkungen) von Hartz I-IV.

Ein nachvollziehbares, lesenswertes Buch, das sich in der Bewertung der Hartz-IV-Reform in erfrischender Weise von den üblichen Lobhudeleien seitens Politik, Wirtschaft und Presse unterscheidet.

Beltz Juventa, Weinheim und Basel
2015
ISBN 978-3-7799-3234-5
290 Seiten,
Preis: 16,95 EUR

App „Ankommen“

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bietet eine App gezielt für Flüchtlinge und Asylbewerber an. Die Inhalte werden gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Goethe-Institut bereitgestellt. Der Bayerische Rundfunk hat die App realisiert und mit redaktionell-didaktischer Beratung unterstützt.

Neben Informationen zum Asylverfahren und Wegen in Ausbildung und Arbeit werden verschiedenste lebenspraktische Fragen behandelt. In der App ist außerdem ein multimedialer Sprachkurs integriert, der eine alltagsnahe Unterstützung für die ersten Schritte auf Deutsch bietet und eine Brücke zwischen Ankunft und Integrationskurs bieten soll.

„Ankommen“ ist kostenlos und steht in den Sprachen Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch und Deutsch für Smartphones mit dem Betriebssystem Android und iOS zur Verfügung. Der Download erfolgt über die jeweiligen App Stores, die anschließende Nutzung ist auch offline möglich.

Mehrsprachige Informationen zur App gibt es im Internet auch unter

www.ankommenapp.de

Informationen zur Einbürgerung

Nordrhein-Westfalen hat eine Einbürgerungsoffensive gestartet. Sie richtet sich an Menschen mit Wurzeln im Ausland, die schon lange in Deutschland leben und die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben möchten.

Ein gerade aktualisierter Flyer gibt einen kurzen Überblick über die Voraussetzungen für eine Einbürgerung und das Einbürgerungsverfahren

snipurl.com/2aev8by.

Ausführliche Informationen gibt es auch im Internet unter

www.einbuengerung.nrw.de.

**Rezension:****Arbeitslosengeld 2 für Geringverdiener und Erwerbslose**

Diese Broschüre, herausgegeben vom Paritätischen Gesamtverband, richtet sich unmittelbar an Betroffene, also vor allem an Alg II-Beziehende und Menschen, die aufgrund geringen Einkommens einen Anspruch haben könnten. Der gesamte Bereich der potentiell Anspruchsberechtigten, vom Geringverdiener über den Alg I-Aufstocker bis hin zu Studierenden mit Kind wird dabei abgedeckt.

Obwohl von Juristen des Paritätischen Gesamtverbandes erstellt, ist die Broschüre allgemeinverständlich und erfordert keinerlei juristische Grundkenntnisse. Die Verfasser haben ganz offenkundig engen Kontakt zur „Ba-

sis“, d.h. den Alg II-Berechtigten und den praktischen Erfahrungen der Erwerbslosenberatungsstellen.

Auf 64 Seiten im DIN A4-Format erfahren Betroffene fast alles über Ihre Rechte gegenüber den Jobcentern. Als äußerst hilfreich erweist sich die klare Strukturierung der Texte. An erforderlichen Stellen eingepflegt und optisch hervorgehoben sind nützliche Tipps und Hinweise, die besondere Beachtung erfordern. Wird es zu komplex, empfehlen die Autoren persönliche Beratung. Das letzte Kapitel verweist sinnvollerweise an Adressen, an die man sich wenden kann, wenn man Hilfe benötigt.

Insgesamt eine Broschüre, wie sie für die Zielgruppe wohl kaum besser gemacht werden kann. Sie ist nun in der 8. Auflage erschienen und umfasst den Rechtsstand vom 01.01.2016. Bei einem Preis von nur 5,50 EUR (im Buchhandel oder über www.beck-shop.de versandkostenfrei!) können wir deshalb eine klare Kaufempfehlung geben!

C.H.BECK ISBN
978-3-406-68940-6
Stand: 1. Januar 2016
64 S. Geheftet
Preis: 5,50 EUR

**Neuer Flyer****„Wissen Sie, was Sie verdienen?“****Informationen des Tarifregisters in NRW**

In dem zweisprachigen Flyer (deutsch/türkisch) werden die Informationen des Tarifregisters in NRW vorgestellt.

Seit 1998 werden auf der Homepage des Tarifregisters

www.tarifregister.nrw.de

umfangreiche Informationen zu Fragen der bestehenden Tarifverträge in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt. Über „Nordrhein-Westfalen di-

rekt“ können Sie diese und weitere Informationen auch telefonisch unter Tel. Nr. 0211 837-1918 erfragen.

Damit steht ein umfassendes Informationsangebot zu den Arbeits- und Einkommensbedingungen in den Betrieben des Landes NRW zur Verfügung, die wesentlich durch Tarifnormen geregelt sind.

Den Flyer finden Sie unter:

<http://tinyurl.com/grumqg4>

BMAS:**Publikationen in Leichter Sprache**

Das BMAS informiert, dass die Publikationen in Leichter Sprache hier zusammengefasst sind.

<http://tinyurl.com/hffoqsg>

Überwiegend sind Publikationen für Behinderte und Jugendliche in Leichter Sprache „übersetzt“ worden.

**Handreichung des Deutschen Vereins zum rechtlichen Rahmen der Erwerbsintegration von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit**

Der Deutsche Verein hat eine Handreichung zur Fragen der Ansprüche von Unionsbürger/innen und Zugewanderten aus Drittstaaten im SGB II veröffentlicht. Für die Praxis wurden ausländerrechtliche und unionsrechtliche Regelungen, die das Sozialrecht flankieren, sowie die aktuelle Rechtsprechung aufbereitet. Damit auch Flüchtlinge von Fachkräften in Leistungs- und Beratungsstellen frühzeitig bei der Integration in Arbeit und Ausbildung unterstützt werden können, wird erläutert, welche Förderleistungen für Ausländer/innen zur Verfügung stehen, die nicht in der Grundsicherung für Arbeitsuchende leistungsberechtigt sind.

Download unter:

<http://snipurl.com/2adu0yh>



Rezension:

Gesamtkommentar Sozialrechtsberatung

Was bringt ein Gesamtkommentar? Vor allem eine Konzentration auf wesentliche, praxisrelevante Fragen - er verliert sich nicht in nebensächlichen Details. Konsequenterweise werden im „Gesamtkommentar Sozialrechtsberatung“ einige Bereiche gar nicht erst kommentiert - im SGB II z.B. Paragraphen jenseits des § 44 SGB II. Im SGB XII werden sinnvollerweise die Kapitel 15 und 16 (Statistik/Übergangs- und Schlussbestimmungen) nicht berücksichtigt, da sie für Berater und Anwälte in der Praxis in der Regel keine Bedeutung haben. In diesem Sinne der Konzentration auf relevante Auszüge werden aber fast alle Teile des Sozialrechts abgedeckt: BAföG, BEEG, BKGG, SGB I-III, V, VI, VII, IX-XII, WBVG, WoGG und das SGG.

An vielen Stellen der Kommentierung finden sich hilfreiche Praxishinweise. Beispielsweise werden zum § 11 SGB II (Einkommen) Erläuterun-

gen gegeben, welche Möglichkeiten Jobcenter zur Aufdeckung verschwiegenen Einkommens haben. Beispiele zur Anrechnung von Einkommen werden anschaulich tabellarisch mit Verweis auf die einzelnen Vorschriften erläutert. Der Leistungsausschluss für Auszubildende und Studierende und die Rückausnahmen werden hingegen nur auf etwa einer Seite kommentiert, obwohl das Thema relativ komplex und unübersichtlich ist. Hier muss man denn doch zu einem spezialisierten Kommentar greifen.

Praktisch sind auch innerhalb der Kommentierung optisch hervorgehobene Definitionen (z.B. Alleinerziehend, temporäre Bedarfsgemeinschaft, Sachbezug, Haushalt oder Adoptionspflege) und Fallbeispiele. Diese Definitionen sind auch über einen eigenen Abschnitt in der Schnellübersicht wiederzufinden. Andere Bestandteile der Schnellübersicht sind Such-

möglichkeiten zu Ansprüchen und Leistungen, Zuständigkeiten und Prüfungsreihenfolgen. Als Abschluss findet sich ein überaus umfangreiches Stichwortverzeichnis, das alleine über 80 Seiten umfasst.

Positiv bemerkbar ist das durchgängige Bemühen aller Bearbeiter des Kommentars um eine möglichst verständliche Sprache.

Gesamtkommentar
Sozialrechtsberatung

Herausgegeben von
Prof. Dr. Frank Ehmann,
RiBSG Carsten Karmanski,
Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber

2015, 2008 S., Gebunden,
ISBN 978-3-8487-0245-9,
Nomos-Verlag (in Gemeinschaft mit
Lambertus-Verlag GmbH),
Preis: 88,- EUR

Empfehlungen des DV zu Einkommen und Vermögen im SGB XII

Der Deutsche Verein hat seine „Empfehlungen für den Einsatz von Einkommen und Vermögen in der Sozialhilfe (SGB XII)“ aktualisiert. Die Empfehlungen treten an die Stelle der 2007 herausgegebenen Fassung und bringen die Arbeitshilfe für die Sozialhilfeträger auf den ab 01.01.2016 geltenden Stand. Der Download ist möglich über

<http://tinyurl.com/zh2tnnt>



(<https://pixabay.com>)



IMPRESSUM:

SOZIAL INFO 1/2016

Herausgeber:
ArbeitslosenZentrum Düsseldorf
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH
Bolker Str. 14/16, 40213 Düsseldorf
Tel: 0211 / 828 949 0 Fax: 0211 / 828 949 29

E-Mail: azd@zwd.de
<http://www.zwd.de/azd>

Redaktion und Gestaltung:
Petra Jungen, Jürgen Lies

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Preise: Version Print 20,- EUR*
Version Print plus PDF 24,- EUR*
Version PDF-Solo 15,- EUR*

*Alle Preise inkl. MwSt., Versand und Verpackung

Bankverbindung: Stadtparkasse Düsseldorf,
IBAN: DE19 3005 0110 0014 0071 57,
BIC: DUSSDE33

Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf
Tel.: 0211 / 379400



Das „ArbeitslosenZentrum Düsseldorf
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH“
wird gefördert vom Amt für Soziale
Sicherheit und Integration



Mit finanzieller Unterstützung des Landes
Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen





AZD-Bewerbungsassistentin 2015

99 % schätzen die freundliche, kompetente und umfassende Beratung

Bewerbungsassistentin wird als wesentlicher Bestandteil unseres Beratungsangebot rege in Anspruch genommen. Jede/r Ratsuchende, mit dem Bewerbungsunterlagen erstellt werden, hat die Möglichkeit, uns mit Hilfe eines Fragebogens eine Rückmeldung zu der erhaltenen Unterstützung zu geben.

Im Jahr 2015 konnten wir uns über diese Rückmelde-Ergebnisse freuen:

Auf die Frage, wie die Ratsuchenden auf das AZD aufmerksam wurden, gaben 11 % die Arbeitsagentur Düsseldorf und 34 % (!) das Jobcenter Düsseldorf an. Weitere 26 % kamen durch den Hinweis von anderen Beratungsstellen und von Familienangehörigen oder Freunden ins AZD. Zunehmend, 2015 mit 14 %, werden Ratsuchende durch das Internet auf uns aufmerksam.

Insgesamt wird deutlich, dass sowohl Jobcenter als auch die Arbeitsagentur Düsseldorf die Angebotsstruktur unserer Beratungsstelle gerne nutzen, um Arbeitsuchenden die Möglichkeit der individuellen Unterstützung zu eröffnen. Dies ist insbesondere bei Menschen mit unzureichenden PC-Kenntnissen oder mangelnden deutschen Sprachkompetenzen erforderlich. Eine Beteiligung an der Angebotsfinanzierung erfolgt leider nur begrenzt durch das Bewerbungsgutschein-Verfahren, das bereits seit 10 Jahren mit dem Jobcenter Düsseldorf vereinbart ist. Kunden des Jobcenters erhalten dabei von ihrer Integrationsfachkraft einen Gutschein zur Bewerbungsunterstützung, den sie bei einer von insgesamt 5 Beratungsstellen „einlösen“ können. Die Beratungsstellen können dann nach der Leistungserbringung den Gutschein mit dem Jobcenter abrechnen. Durch das Gutscheinverfahren wird eine konkrete „Zuweisung“ zu einer bestimmten Beratungsstelle vermieden; dadurch geraten Beratungsstellen nicht in Sanktionszusammenhänge. Schließlich stellt für unabhängige Beratungsstellen der freiwillige Zugang ein wesentliches Qualitätskriterium dar.

99 % bewerteten die Beratung des AZD mit der Note „Sehr gut“ und

„Gut“; davon rd. 80 % mit der Note „Sehr gut“.

99 % fühlten sich in ihrem Anliegen verstanden und sowohl umfassend als auch kompetent beraten.

55 % gaben an, dass sie ihre Bewerbungsunterlagen nun selbst erstellen und ihre Bewerbung eigenständig verfolgen können. Dazu nutzten Ratsuchende intensiv die kostenlos zur Verfügung gestellten PC's zur Stellensuche und Bewerbungserstellung bis hin zum Versand ihrer E-Mail-Bewerbungen.

45 % der Befragten müssen weiterhin auf die Hilfestellung des AZD zurückgreifen. Bei ihnen liegen die Hindernisse in fehlenden PC-Kenntnissen, mangelnder PC-Ausstattung zu Hause oder unzureichenden Deutschkenntnissen.

Diese Rückmeldung einer Ratsuchenden hat uns besonders gefreut:

„Sie haben mir vor ein paar Wochen geholfen meine Bewerbungsunterlagen zu bearbeiten, dass ich mich dann erfolgreich bewerben konnte. Dank Ihrer Hilfe waren meine Unterlagen dermassen überzeugend, dass ich zuletzt zu einem Vorstellungsgespräch in (...) eingeladen worden bin, was heute auch stattgefunden hat. Die Leitung möchte mich gerne einstellen wenn ich noch 2 Tage Probearbeit am Do. und Fr. erfolgreich überstehe. Bin guter Dinge, da ich in der Betreuung und Pflege schon ein paar Jahre Erfahrung habe. Ich möchte mich nochmal ganz herzlich bei Ihnen und beim Arbeitslosen Zentrum bedanken für den freundlichen Umgang und Ihre kompetente Hilfe.“

**SOZIAL INFO 2016****Neue Abo-Möglichkeiten**

Ab 2016 haben Sie drei Abonnement-Varianten zur Auswahl:

1. Die Traditions-Variante in Papier

Sie kostet im Jahresabonnement nach wie vor stabile 20 EUR incl. MwSt, Versand und Verpackung.

Alle Abonentinnen und Abonnenten, die bei dieser Variante bleiben möchten, brauchen nichts zu tun.

2. Print Plus PDF

Zusätzlich zur Druckausgabe können Sie auch die PDF-Ausgabe hinzu abonnieren. Der Preis dafür beträgt dann 24 EUR incl. MwSt, Versand und Verpackung.

3. PDF-Solo

Alle, denen eine schlichte PDF-Fassung des SOZIAL INFOs ausreicht, die aber die Vorteile des praktischen Link-Aufrufs und der PDF-Suchfunktion nutzen möchten, können dieses PDF-Abonnement zum Preis von 15 EUR incl. MwSt und E-Mail-Versand abschließen. Die PDF-Fassung ist deshalb so günstig, weil wir die Druck- und Portokosten herausrechnen können.

Wenn Sie Ihr Abonnement verändern möchten, dann mailen Sie uns ihren zukünftigen Abonnement-Wunsch:

Claudia.Wendt@zwd.de

Betreff: SOZIAL INFO - Abo-Wechsel